

24. September 2003, Zürcher Oberländer

Konsumverhalten, Wirtschafts- und Umweltpolitik

Die letzte Versammlung der SP Wetzikon stand unter dem Titel «Was hat dein Konsumverhalten mit den internationalen Flüchtlingsströmen zu tun? »
In einer aufrüttelnden Einleitung zeigte Nationalrätin Barbara Marty Kälin auf, in welcher himmeltraurig falschen Richtung die schweizerische Politik gegen eine effiziente Entwicklungshilfe und Umweltpolitik läuft.

Die Flüchtlingsströme seien sehr wohl ein Ergebnis der Wirtschaftspolitik der reichen Industrienationen. Durch unseren Konsum an Tropenholz, der die Abholzung der Urwälder zur Folge hat, durch den Kauf von Crevetten aus den durch die Zucht zerstörten Mangrovenwäldern und durch unsere Pauschalreisen in all die fernen Länder, wo wir nur zu offenherzig zur Schau stellen, wie protzig verschwenderisch wir leben, muss es uns nicht erstaunen, dass all diese Menschen, deren Lebensgrundlage zerstört wurde, zu uns kommen wollen. Gemäss IKRK gäbe es mittlerweile mehr Umweltflüchtlinge als Kriegsflüchtlinge. Die globalen Umweltprobleme gefährden das ökologische Gleichgewicht unseres Planeten. Sie betreffen alle, auch uns. Doch Themen wie Umweltschutz, Verzicht, Solidarität mit der Dritten Welt, würden im Wahlkampf in diesem Herbst gerne ausgeblendet, denn man wolle ja niemand auf die Füsse treten. Die Menschen interessierten sich auch ganz klar nicht mehr dafür. Das Waldsterben sei mit den ausgeholzten Bäumen gestorben; schuld ist der Borkenkäfer; schuld ist Lothar; wir können nichts dafür.

Verantwortungslose Grundhaltung

Was interessiert, ist lediglich wie wir mehr, billiger und sicherer konsumieren können: Elektronik, Behaglichkeit, Unterhaltung, Luxus, Gesundheit.
Dabei würde ausser Acht gelassen, dass so nicht nur sehr egoistisch gehandelt, sondern auch sehr kurzfristig gedacht wird. Nachhaltigkeit bedeutet, weder auf Kosten anderer Länder noch späterer Generationen zu wirtschaften, und nur soviel zu verbrauchen, dass spätere Generationen in ihrer Entwicklung nicht benachteiligt sind.
Im Nationalrat wurden die globalen Umweltkredite, die Flüchtlingspolitik und die zivile Friedensförderung des Bundes vorwiegend von der SVP bekämpft. Obwohl die Welt in einem schlimmeren Zustand sei als noch vor 10 Jahren – bedrohlich weniger Wälder, die Arten in ihrer Vielfalt stärker denn je bedroht, jährlich neue Öllachen auf den Meeren und an den Stränden – werden die Beschlüsse der Konferenz von Rio von den Industriestaaten nicht eingehalten. Weltweit haben 1.4 Milliarden Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser, 2.8 Milliarden verdienen weniger als 3 Franken pro Tag, während die Reichen immer reicher werden. Wie kommt es, dass Herr Vassella Fr. 50 000.– pro Tag «verdient»?
Täglich verhungern 40 000 Menschen, 30 000 davon sind Kinder.

Arme Schweiz?

Und ausgerechnet die Schweiz, eines der reichsten Länder der Welt, wolle sich zurücklehnen und sagen, das geht uns alles nichts an, wir haben selber nicht genug? Es frage sich doch, ob diese Krisenstimmung nicht künstlich ausgelöst und aufgebläht wurde von den bürgerlichen Parteien – allen voran der SVP – , die uns Schweizerinnen und Schweizer als «gerupfte Hühner» bezeichnet. Wir sollen sparen, sparen und weniger Steuern bezahlen – aber auf wessen Kosten? Wer bezahlt denn am Schluss die Zeche? Nicht Herr Blocher und nicht Herr Vassella, die sich noch immer alles leisten können, auch wenn der Staat selbst ein «gerupftes Huhn» sein wird.

In der Diskussion fiel der Einwand, dass unsere kleine Schweiz ja kaum einen Einfluss haben könne auf die globalen Missstände. Barbara Marty wies aber darauf hin, dass die Schweiz sehr wohl eine Signalwirkung auf andere Staaten haben könnte, dass sie viele Jahre federführend war in Ökologie und Umweltpolitik, dass wir wegen der Sparmassnahmen im entwicklungs-trächtigen Bereich Umwelt-Technologie diesen Vorsprung aber zusehends an unsere Nachbarstaaten verlöre. Weil die Schweiz immer noch ausschliesslich auf Kernenergie setzt, werden hierzulande keine Innovationen in anderen Energiebereichen ausgelöst.

Heisse Themen in Hinwil

Nationalrätin Barbara Marty Kälin wird am Freitag, 26. Sept. 2003 um 20 Uhr im Hirschen, Hinwil zu hören sein. Sie diskutiert dort mit Bruno Zuppinger, Ueli Maurer und Ruedi Aeschbacher Finanz- Verkehrs-, Einbürgerungs- und Sicherheitsfragen. Die SP Wetzikon hofft, dass sich viele Leute für diese Veranstaltung interessieren, auch solche, die sich mit der Politik der «gerupften Hühner» nicht einverstanden erklären können.